

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausgeber und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die sieben gespaltene Zeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige. Restliche Zeilen 20 Goldpfennige, amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1408

Nr. 235

Mittwoch, den 8. Oktober 1924

19. Jahrgang

Der Reichstagauflösung entgegen.

Berlin, 6. Okt. Das Reichskabinett ist heute vormittag zu einer weiteren Beratung über die Regierungs-umbildung auf der Grundlage der Volksgemeinschaft zusammengetreten. Vor allen Dingen wurden Richtlinien für die Führung der Außen- und Innenpolitik erörtert die als Grundlage für die Zusammenfassung der Parteien dienen sollen. Die Reichsregierung hat erwogen in welcher Form die angebotenen Verhandlungen fortgesetzt und welche Folgerungen gezogen werden sollen wenn der Gedanke der Volksgemeinschaft — wie voraus- zusehen ist — sich nicht verwirklichen läßt. Die Fraktionen treten am Mittwoch zusammen, um ihre Politik in dieser Frage festzulegen.

Von erheblicher Bedeutung wird für den Gang der Verhandlungen der Beschluß der Demokraten sein. Sie werden dem Gedanken der Volksgemeinschaft zustimmen für den Fall des Scheiterns aber eine einseitige Erweiterung der gegenwärtigen Koalition nach rechts ablehnen.

Die Sozialdemokraten werden wohl die Handlung ihrer Führer gutheißen, da eine grundsätzliche Ablehnung nicht in Betracht kommt, und dann werden die Deutschnationalen, die es in der Aussprache mit dem Reichskanzler vermeiden haben, sich irgendwie festzulegen. Sie haben als ob sie dies gern vermeiden und auch die sozialdemokratischen Voraussetzungen mit Gegenfragen beantworten wollen, um der Sozialdemokratie das endgültige „Rein“ zuzukleben.

Diese Taktik wird ihnen dadurch erschwert, daß sie sich in erster Reihe zu den Richtlinien des Reichskanzlers zu äußern haben werden, die die maßgebende Grundlage für die weiteren Verhandlungen bilden sollen. Wie die demokratische Fraktion wird auch das Zentrum eine

einseitige Erweiterung des Kabinetts nach rechts ablehnen, nachdem sich die Sozialdemokraten mit den politischen Richtlinien des Reichskanzlers einverstanden erklärt haben. Bei den Parteien der Mitte setzt sich immer mehr die Auffassung durch, ein Scheitern der Verhandlungen über die Regierungs-umbildung im Sinne des Reichskanzlers müsse zur Auflösung des Reichstags und zu einem Appell an die Wähler führen.

Zu der Erklärung der Deutschen Volkspartei vom vorigen Sonnabend in der unzugängliche programatische und parteitaktische Klärung der Lage von der Regierung wie von den anderen Koalitionsparteien in ultimativer Form verlangt wird äußert sich der demokratische Abg. Erlesen dem „Demokratischen Reizungsdiener“ gegenüber folgendermaßen: „Die Erklärung hat offenbar beabsichtigt in ernster Zeit auch für den nötigen Humor zu sorgen. Wenn dort verfügt wird, was Herr Marx tun muß oder nicht tun muß, wenn dort erklärt wird daß die anderen Mittelparteien den Befehlen der Leitung der Deutschen Volkspartei zu folgen haben oder wenn schließlich mit einem dicken Stock gedroht wird unter Hinweis auf die fürchterlichen Ereignisse, die hereinbrechen würden, wenn nicht alle andern Parteien sich diesen Vorschlägen fügen, so kann man zu allem noch nur folgendes sagen: Es hieße den Takt der Leitung der Deutschen Volkspartei unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß mit dieser Erklärung eine ernsthafte Schulmeisterlei geplant sei. Da es hieße die Deutsche Volkspartei zu beleidigen, wenn man bei ihr einen Mangel an Takt voraussetzen würde, so kann diese Erklärung offenbar nur als heiteres Moment in einer ernsten Zeit gedacht gewesen sein.“

Die Antwort auf das Memorandum.

Berlin, 6. Oktober. Wie das Wolffsbureau erfährt, ist die Antwort der französischen Regierung auf das Memorandum der Reichsregierung vom 29. September über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund heute abend hier eingegangen.

Der Inhalt der Antwort läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die französische Regierung gegen einen künftigen Beitritt Deutschlands Einwendungen nicht erheben wird.

Es wird jedoch die Erwartung ausgesprochen, daß der Aufnahmeantrag ohne Vorbehalt und Bedingungen gestellt wird. Die Antwort der französischen Regierung und das Memorandum vom 20. September werden veröffentlicht werden, sobald die Antworten der übrigen Mächte vorliegen, was in wenigen Tagen der Fall sein dürfte.

London, 6. Okt. Wie die „Times“ meldet ist die englische Antwort auf das deutsche Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so gut wie fertiggestellt. Auch die englische Regierung sieht sich veranlaßt auf die Notwendigkeit hinzuweisen daß die Bedingungen des Versailler Vertrages strikt innegehalten werden und empfiehlt den Antrag auf Zulassung zum Völkerbund ohne irgendwelche Vorbehalte zu machen.

Deutschlands Völkerbundsbeitritt.

Genf, 5. Okt. „Journal de Geneve“ erfährt: Man glaubt im Generalsekretariat des Völkerbundes, daß Deutschland im Monat Dezember in den Völkerbund aufgenommen werden wird. Demnach werde für den 10. Dezember eine vier- bis fünftägige Spezialitzung zu diesem Zweck einberufen werden, zu der jeder Völkerbundsstaat nur einen Vertreter entsenden wird. Die Versammlung wird im Sekretariat abgehalten werden.

Uebergabe der Regiebahnen.

Berlin, 6. Okt. Zur Frage der Uebergabe der französisch-belgischen Regie-Eisenbahnen an die Deutsche Reichsbahn wird mitgeteilt:

Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der Regieverwaltung wegen der Uebergabe der Regiebahnen sind nunmehr soweit zum Abschluß gebracht, daß als Termin für die Uebergabe der 16. November festgesetzt worden ist. Da in den Londoner Abmachungen als spätester Termin der 7. Dezember festgelegt worden war, bedeutet dies eine für die Deutsche Reichsbahn und die deutsche Wirtschaft willkommene Regelung.

Die Räumung der Dortmunder Zone.

Dortmund, 6. Okt. Die Besatzungstruppen sollen befehlsgemäß zum Abmarsch bereit sein, doch soll die Räumung der Dortmunder Zone noch vier bis sechs Wochen auf sich warten lassen. Die Festlegung der Grenzlinie ist im Laufe der nächsten Wochen endgültig zu erwarten.

Verkehrssperre wegen Beleidigung eines englischen Offiziers.

Köln, 6. Okt. Die Besatzungsbehörde hat über den Ort Moedraath im rheinischen Braunkohlenrevier wegen Beleidigung eines englischen Offiziers die Verkehrssperre verhängt, und zwar für die Stunden von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Innerhalb dieser Zeit darf niemand den Ort betreten, ohne im Besitz einer vom Bürgermeisteramt Moedraath ausgestellten Erlaubnis zu sein.

Zurzeit keine Aufhebung der 26prozentigen französischen Abgabe!

Basel, 6. Okt. In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen am Freitag ist von den französischen Delegierten erklärt worden, daß eine Aufhebung der 26prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren zurzeit nicht erörtert werden könne.

Das Reichsbanner in Thüringen.

Weimar, 6. Okt. Die gütliche Weiterentwicklung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die durch die Weimarer Reichsverfassungsfeier vom 11. August einen so starken Antrieb erhalten hat, vollzieht sich trotz der Abkündigung des deutschen Reichsbanners Innenministers unauflösbar. Die Bannermasse des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Neustadt an der Orla am Sonntag wurde zu einem großen republikanischen Tage für Ostthüringen. Von Gera bis Plauen waren fast alle Ortsgruppen dort vertreten, aber auch aus dem Saaletal und dem Saalfelder Kreis, aus Pößneck und anderen Orten waren zahlreiche Vertretungen erschienen. Ministerialdirektor J. D. Brill aus Weimar hielt die Festrede. Seine Ankündigung das Reichsbanner werde dafür sorgen daß der Hitlerismus in Thüringen keine Wirkungen erzielen werde, wurde mit wiederholtem stürmischem Beifall aufgenommen.

Der Erfolg des Neustädter Tages ist um so höher zu bewerten als gleichzeitig auch in Neufelwies eine ähnliche Veranstaltung am gestrigen Sonntag stattfand. Auch dort konnte sich die Bannermasse des Neufelwieser Reichsbanners der begeisterten Teilnahme der Bevölkerung erfreuen. 15 Ortsgruppen aus dem Altenburger und Zeitzer Kreise hatten sich als auswärtige Festgäste eingefunden. Die Stadt prangte in reichem schwarz-rot-goldenen Flaggenschmuck.

Essen, 6. Okt. Die Gründungsfeier der Ortsgruppe Essen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die am Sonntag stattfand, widerlegte wieder einmal die Behauptung reaktionärer Blätter, daß das Reichsbanner eine vorwiegend sozialistische Organisation sei. Tausende von Republikanern aller Richtungen hatten sich im städtischen Saalbau eingefunden und bekannten sich zu dem Gedanken der republikanischen Volksgemeinschaft.

Der 23. Weltfriedenskongreß.

Der Reichspräsident hat gestern eine Abordnung des Weltfriedenskongresses empfangen, zu der u. a. Präsident Duiffon, General Berraux Ransen und Senator Lafontaine gehörten.

In der Fortsetzung der Generaldebatte kam noch einmal das Verhalten der deutschen Regierung zur Sprache die bisher von der Tagung des Kongresses noch keine Notiz genommen habe. Geheimrat Justizrat Heilberg teilte mit, daß die erste Kommission zu dem Beschluß gelangt sei den am Vormittag gestellten Antrag ein Telegramm an den Reichskanzler zu senden, abzulehnen. Professor Luidde drückte die Hoffnung aus, daß das was bisher von der deutschen Regierung noch nicht gesehen sei, in dieser Form noch nachgeholt werden könne, und erinnerte daran, daß auch auf dem Kongreß zu Lyon erst gegen Schluß ein Begrüßungstelegramm Herriots eingelaufen sei. Die Versammlung trat darauf dem Kommissionsbeschluß einstimmig bei.

Angenommen wurde ferner ein Antrag der ersten Kommission, in dem der Kongreß die Annäherung der ehemaligen Kriegsteilnehmer insbesondere Frankreichs und Deutschlands, als eine der wichtigsten Forderungen der Menschheit begrüßt und mit Befriedigung feststellt daß sich die Völker bei den Wahlen für die Politik der Annäherung und des Friedens aussprechen. Der Kongreß ersucht deshalb die deutsche Regierung das Aufnahmefesthalten in den Völkerbund so schnell als möglich zu vollziehen.

Außerdem gelangte eine Reihe kleiner Anträge zur Annahme, die sich mit den nationalen Minderheiten in allen Ländern, vor allem den Minderheiten des Balkans, dem Krieg in China und den politischen Gefangenen in allen Ländern beschäftigten. Angesichts der kriegerischen Ereignisse, die China zerfleischen und scheinbar von gewissen fremden Einflüssen begünstigt werden, erinnerte der Kongreß an die Gefangenen, welche alle Kriegsausbrüche selbst in fernen Ländern für die Gesamtheit der Staaten enthalten. Er erinnerte ferner daran, daß es keinen Konflikt gibt der nicht nach den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit erledigt werden kann.

Im dritten Antrag ersucht der Kongreß alle Friedensfreunde, für eine weitgehende Amnestierung aller politischen Gefangenen einzutreten.

Die heutige Sitzung wird mit dem Referat von Prof. Dr. Vestreich über Erziehungsfragen beginnen.

Die Amerikafahrt des J. K. 3 verzögert sich.

Die Vorbereitungen für die Ueberfahrt werden in Friedrichshafen eifrig gefördert, doch wird aller Voraussicht nach die Abfahrt nochmals verschoben werden müssen. Bei dem regenfeuchten Wetter trocknet die Ballonhülle nicht in der gewünschten Weise, und es ist für die Riesenfahrt selbstverständlich von großer Bedeutung daß die mehrere tausend Kilogramm betragende Regennässe beseitigt werden, da man an ihre Stelle Brennstoff oder Ballast bringen kann. Auch sonst wird das Schiff noch einige neue Apparaturen erhalten, die für die Geschwindigkeitssicherung und die Ortsbestimmung wichtig sind und die in gewissem Sinne eine Verbesserung der Messmethoden bringen. Auf jeden Fall kann man damit rechnen, daß die letzten Vorbereitungen bis zum Donnerstag der kommenden Woche beendet sind. Am Freitag oder Sonnabend wird dann noch ein kurzer Flug erfolgen der das Luftschiff auf den Bodensee und die weitere Umgebung Friedrichshafens führt. In der darauffolgenden Woche soll dann die Ueberfahrt angetreten werden. Die Wettermeldungen aus Hamburg und Amerika die jetzt schon täglich der Luftschiffleitung zugehen, berichten übereinstimmend, daß auf dem nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans sehr schlechtes Wetter herrscht, doch besteht die Hoffnung daß die meteorologischen Verhältnisse sich in der nächsten Zeit bessern werden.

London, 5. Oktober. Laut Dörsner fuhr der britische Luftschiffachverständige, das Parlamentsmitglied Burney, gestern nach Friedrichshafen, um J. K. 3 vor seiner Fahrt nach Amerika zu besichtigen.

Politische Rundschau.

Die Sitzung der Demokratischen Reichstagsfraktion, die ursprünglich auf Dienstag dieser Woche anberaumt worden war, ist auf Mittwoch 11 Uhr verschoben worden. Diese Verschiebung war notwendig, weil es sich durch den langsamen Verlauf der Verhandlungen am Ende der vergangenen Woche herausstellte, daß sich die Dinge am Dienstag nicht bereits genügend entwickelt haben würden, um die Fraktion vor eine klare Lage zu stellen und ihr eine dementsprechende Beschlusfassung zu ermöglichen. Dörsner ist damit zu rechnen, daß die Fraktion im Lauf der Woche noch einmal zusammentreten wird, nachdem